

Mitteilungen
des
Oberösterreichischen Landesarchivs

5. Band



1957

In Kommission bei

HERMANN BÖHLAUS NACHF. / GRAZ-KÖLN

Inhalt

<i>Vorträge zur Geschichte der Staatswerdung</i>	Seite
Das österreichische Privilegium minus. Von Theodor Mayer ..	9
Land und Landstände in Österreich. Von Otto Brunner	61
Die historischen Individualitäten der österreichischen Länder. Von Ernst Klebel	74
Die österreichische Monarchie im europäischen Staatssystem. Von Adam Wandruszka	86
<i>Beiträge zur Rechts- und Verfassungsgeschichte</i>	
Das Zeremoniell der deutschen Königskrönung seit dem späten Mittelalter. Von Walter Goldinger	91
Der Plan für eine Annexion Bosniens und der Herzegowina aus den Jahren 1882/83. Von Ernst R. Rutkowski	112
Die Anfänge des Bruderzwistes in Habsburg. Von Hans Sturmberger	143
Die Grafschaft Schaunberg. Von Othmar Hageneder	189
Der Rechtsinhalt der älteren Garstener Urkunden. Von Alois Zauner	265
Die Herrschaftsschichtung in Österreich ob der Enns 1750. Von Georg Grüll	311
Zur Entwicklung des Urbarialwesens im burgenländischen Raum. Von Josef Karl Homma	340
Zur Frage der von Ungarn an Österreich verpfändeten Herr- schaften. Von August Ernst	387

Eine sehr wesentliche Unterstützung erfuhr Kálnoky bei seinem Streben, die Annexion trotz aller gegenteiligen Momente vorzubereiten, durch den Wechsel in der Leitung des gemeinsamen Finanzministeriums. Im März 1882 reichte der Reichsfinanzminister Josef Szlávy von Okány seine Demission ein, und der Kaiser sah sich vor die Aufgabe gestellt, einen tüchtigeren Nachfolger zu wählen. Es ist erwiesen, daß Kálnoky nebst anderen Persönlichkeiten zu den diesbezüglichen Beratungen zugezogen wurde³⁰⁾. Der Kaiser entschied sich für die Wahl eines Ungarn, und nachdem der vom ungarischen Ministerpräsidenten Tisza vorgeschlagene Graf Albin Csáky³¹⁾ abgelehnt hatte³²⁾, fiel der Name des ersten Sektionschefs im Ministerium des Äußeren, Benjamin von Kállay. Um seine Eigenschaften und vor allem sein Programm für die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina zu prüfen, wurde ihm Gelegenheit gegeben, in einer Denkschrift seine Ansichten zu entwickeln³³⁾. In seiner Eigenschaft als erster Sektionschef im Ministerium des Äußeren und als gründlicher Kenner der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel war er natürlich auch in der Lage gewesen, sich ein Bild über die Zustände in den okkupierten Provinzen zu machen.

In seinem Memoire trat Kállay nun sehr energisch für die Durchführung der Annexion ein und sprach sich auch für eine gründliche Revision des bestehenden bosnischen Gesetzes aus, das so gehalten werden müsse, daß es auch nach der Annexion fortbestehen könne. Letztere nahm er für den nächsten Herbst³⁴⁾ in Aussicht, und zwar noch vor dem Zusammentritt der Delegationen. Die zwei Provinzen sollten der Monarchie als Reichsland eingegliedert werden³⁵⁾.

Auf Grund dieser Denkschrift wurde nun vom Kaiser für den 3. Juni 1882 ein gemeinsamer Ministerrat unter seinem Vorsitz ein-

³⁰⁾ Kálnoky an Kállay Tgr. 14. Mai 1882 Kzpt. Kálnoky eh., (P. A. XXXX/140).

³¹⁾ Csáky war ungarischer Magnat, Obergespan und Mitglied des Obersten Disziplinargerichtes.

³²⁾ Tisza an Kálnoky Tgr. 19. Mai 1882 Org.; Tgr. 22. Mai 1882 Org.; auf letzteres Telegramm, in welchem Tisza Csákys Ablehnung mitteilte, schrieb Kaiser Franz Joseph: „Gott sei Dank! FJ“ (P. A. XXXX/140).

³³⁾ Kálnoky an Tisza Tgr. 30. Mai 1882 geh. Kzpt. Kálnoky korr.; Tisza an Kálnoky Tgr. 31. Mai 1882 Org.; Kálnoky an Tisza Tgr. 31. Mai 1882 geh. Kzpt. Kálnoky expediert (P. A. XXXX/140).

³⁴⁾ Daraus geht nicht eindeutig hervor, ob der Herbst 1882 oder 1883 gemeint war, wahrscheinlich meinte Kállay den Herbst des Jahres 1882.

³⁵⁾ (Denkschrift Kállays über Bosnien und die Herzegowina.) Beilage ohne Titel und ohne Datum zu dem gem. Ministerratsprotokoll vom 3. Juni 1882 Org. (P. A. XXXX/273). Die Denkschrift ist in den Mai 1882 zu datieren und stellt den konträren Standpunkt zu der Dóczy's dar. Beide Auffassungen waren begründet, doch gab die Bestimmung des Dreikaiservertrages über die Annexion dem Standpunkt Kállays das Übergewicht. — Wie sich Kállay die Eingliederung der Provinzen als Reichsland im einzelnen vorstellte, ist in der Denkschrift nicht ausgeführt.

berufen; anwesend waren außer ihm Graf Kálnoky, der Reichskriegsminister Feldzeugmeister Arthur Graf Bylandt-Rheidt³⁶⁾, die beiden Ministerpräsidenten von Tisza und Eduard Graf Taaffe³⁷⁾ sowie Sektionschef von Kállay³⁸⁾.

In der Debatte befaßte man sich zuerst ganz allgemein mit der Verwaltung der beiden Provinzen und kam dann auf das Annexionsproblem zu sprechen. Hier wurde sofort eine Einigkeit insofern erzielt, als von allen Seiten zugestimmt wurde, so rasch wie möglich und tunlich auf die Annexion hinzuwirken. Tisza stellte fest, daß nicht nur der Minister des Äußeren den Zeitpunkt derselben zu bestimmen habe, sondern daß schon jetzt über das diesbezügliche Gesetz zu beraten sei, und zwar unter Beiziehung der beiden Regierungen. Kállay pflichtete ihm besonders im Hinblick auf das zu schaffende Gesetz bei, denn es dürfe nicht der Fall eintreten, daß man sich über die inneren Modalitäten nicht klar sei und unterdessen in der äußeren Politik ein günstiger Moment versäumt werde, beziehungsweise umgekehrt. Soweit die Einigkeit. Als man aber auf die Details der innenpolitischen Regelung einging, ergaben sich rasch Differenzen zwischen den einzelnen Auffassungen. Tisza vertrat den Standpunkt, daß die Überprüfung der Finanzgebarung der beiden Provinzen nur dann den Delegationen übertragen werden sollte, wenn sie ihre Bedürfnisse aus eigenen Mitteln decken könnten; seien aber Investitionen von beiden Reichshälften erforderlich, so müßte die Gewährung dieser Zuschüsse den parlamentarischen Vertretungen vorbehalten werden. Zu einer anders gearteten Regelung sei die Zustimmung des ungarischen Reichstages nicht zu erwarten³⁹⁾. Dieser Auffassung trat Kállay entschieden entgegen. Er führte aus, daß die Finanzen der okkupierten, beziehungsweise zu annektierenden Provinzen lediglich Sache des gemeinsamen und mit der Verwaltung betrauten Ministers seien und dieser nur den Delegationen Rechenschaft darüber zu geben habe. Die Betrauung der Delegationen mit allen finanziellen Agenden sei so wichtig, daß ohne diese Bestimmung die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina immer nur als ein Versuch angesehen werden müsse, dessen Gelingen fraglich sei. Taaffe sekundierte diesem Standpunkt und trat für die Bewilligung aller Kosten durch die Delegationen ein, schon um vorzubeugen, daß man über das

³⁶⁾ Reichskriegsminister vom Juni 1876 bis März 1888.

³⁷⁾ Österreichischer Ministerpräsident vom August 1879 bis November 1893.

³⁸⁾ Gem. Ministerrat Prot. 3. Juni 1882 Kzpt., Org. (P. A. XXXX/273).

³⁹⁾ Tisza begründete seine Stellungnahme damit, daß die Regierungen mitunter in die Lage kämen, die bosnischen Agenden in den Parlamenten zu vertreten; dies könnte nicht geschehen, wenn die Ministerpräsidenten nicht dauernd auf dem laufenden gehalten würden. — Es manifestierte sich hiemit das Streben der ungarischen Politiker, die Behandlung gemeinsamer Angelegenheiten aus den hiefür zuständigen Delegationen in die hiefür nicht zuständigen Parlamente zu verlegen.

bosnische Budget mit zwei parlamentarischen Körperschaften verhandeln müsse. Ebenso sprach er sich für die Betrauung eines Ministers mit der Verwaltung aus. Einer solchen Erweiterung beziehungsweise Abänderung würden im österreichischen Reichsrat, im Gegensatz zu den von Tisza geschilderten Verhältnissen im ungarischen Parlament, keinerlei Schwierigkeiten erwachsen.

Der Kaiser ließ fühlen, daß er den beiden letzteren Auffassungen mehr Sympathie entgegenbringe, und warf dann die Frage auf, ob eine definitive Regelung, also eine vollständige Einreihung der okkupierten Provinzen in die zwei Reichshälften, angestrebt oder ein Übergangsstadium gewählt werden solle. Tisza erklärte sich sofort für die erstere Modalität, ließ aber ziemlich deutlich durchblicken, daß der in Ungarn einbezogene Teil noch nicht alle konstitutionellen Rechte haben dürfe, sondern vorerst gesondert verwaltet werden müsse. Kállay betonte die großen Schwierigkeiten eines solchen Planes und zeigte sich skeptisch; ein Übergangsstadium wäre dem doch vorzuziehen. Kálnoky resümierte daraufhin die bisherige Besprechung dahin, daß es vorerst dem Minister des Äußeren vorbehalten bleibe, die diplomatische Seite der Sache zu arrangieren und im geeigneten Augenblick durchzuführen. Die Verhandlungen wegen der Annexion würden ohnedies nicht schnell und einfach zu bewerkstelligen und noch mancherlei Schwierigkeiten dabei zu überwinden sein. Kaiser Franz Joseph betonte, daß sich die beiden Regierungen noch in diesem Sommer vollständig über das weitere Vorgehen einigen sollten, auch dann, wenn die äußere Lage eine Annexion noch nicht erlauben sollte. Die Besprechung wandte sich dann den weiteren Punkten von Kállays Memoire zu, die sich hauptsächlich mit einer Verbesserung des bestehenden bosnischen Gesetzes befaßten. Auch hier wurde der Standpunkt Tiszas erkenntlich, in finanzieller und auch anderer Hinsicht möglichst wenig Opfer für die okkupierten Provinzen zu bringen.

Schon der erste Ministerrat, der über die Eventualität einer Annexion gehalten wurde, zeigte deutlich die Schwierigkeiten, die sich einem solchen Beginnen, vornehmlich in der Innenpolitik, entgegenstellten. Die außenpolitische Seite dieser Frage war ja noch kaum zur Sprache gekommen, wenngleich angenommen werden darf, daß sich besonders Kálnoky in dieser Hinsicht keine Illusionen machte. So sehr er für die Durchführung des Planes gewesen zu sein scheint, so bestimmte ihn doch gerade das innenpolitische Moment zu einer etwas reservierten Haltung.

Das erste praktische Ergebnis dieses Ministerrates war, daß das Programm Kállays beim Kaiser eine günstige Aufnahme fand und er sich entschloß, ihm das freie Portefeuille anzuvertrauen; am 4. Juni 1882 wurde er zum Reichsfinanzminister ernannt und gleichzeitig mit der Verwaltung der okkupierten Provinzen betraut⁴⁰⁾.

⁴⁰⁾ Unter demselben Datum war Szlavy seines Postens enthoben worden.

Dem Wunsche des Kaisers gemäß sollten die Verhandlungen noch im Sommer weitergeführt und eine Einigung über den Modus procedendi bezüglich der Annexion erzielt werden, doch scheint es, daß entgegen dieser ziemlich bestimmten Willensäußerung des Monarchen keine offiziellen Besprechungen während des Hochsommers 1882 stattgefunden haben. Das mochte hauptsächlich an dem Umstand liegen, daß Kállay mit der Ordnung der bosnisch-herzegovinischen Verhältnisse sehr in Anspruch genommen wurde und fast die ganze Zeit über von Wien abwesend war, während Tisza andererseits in Budapest weilte. Eine Vereinigung der maßgebenden Minister war also sehr schwer, und schriftlich wollte man die Angelegenheit anscheinend nicht behandeln. Ein Meinungsaustausch auf letzterem Wege fand auch nicht statt, und da außerdem der Hochsommer stets ein Vakuum im Geschäftsgang mit sich zu bringen pflegt, so dürften die Verhandlungen über die Annexionsfrage in den Monaten Juli und August geruht haben. Erst im September fand sich Kállay zu einer Besprechung in Wien ein⁴¹⁾, deren Gegenstand allerdings nicht bekannt ist.

Während dieser Monate scheint sich Kálnoky eingehend mit der außenpolitischen Seite der Frage beschäftigt zu haben; da es ihm klar war, daß der Türkei bei einer Annexion eine bedeutsame Rolle zufallen mußte, so entschloß er sich, den österreichisch-ungarischen Botschafter in Konstantinopel, Heinrich Freiherrn von Calice⁴²⁾, nach Wien zu berufen, um mit ihm das Für und Wider durchzusprechen⁴³⁾. Der Wunsch nach persönlicher Information über die türkischen Verhältnisse erschien verständlich, und auch der Kaiser dürfte ihn geteilt haben, wie er überhaupt an den Erörterungen lebhaft Anteil nahm und sich über alles genau berichten ließ.

Kálnoky schrieb Calice, die Annexionsfrage sei zwar nicht unmittelbar aktuell, allein sie müsse „nach und nach bestimmter ins Auge gefaßt werden“, wozu man die Stellung der maßgebenden türkischen Staatsmänner näher kennenlernen und ihre Auffassungen in Erwägung ziehen müsse, ehe man in die Aktion einträte⁴⁴⁾.

Bevor Calice seine Reise nach Wien antrat, hatte er eine Unterredung mit dem türkischen Ministerpräsidenten Mehmed Said

⁴¹⁾ Kállay an Kálnoky Tgr. 17. Sept. 1882 Org. (P. A. XXXX/140).

⁴²⁾ Er vertrat die Interessen der Monarchie in Konstantinopel vom Juli 1880 bis September 1906.

⁴³⁾ Vgl. Robert William Seton-Watson: Russian commitments in the Bosnian Question and an Early Project of Annexation. In Slavonic Review, 8. Bd., Jg. 1929/30, S. 586.

⁴⁴⁾ Kálnoky an Calice Prbr. 19. Okt. 1882 geh. Kzpt. Kálnoky korr. (P. A. geh. IX/459/1). Im September 1882 weilte Marschall Fuad Pascha in Wien, um Kaiser Franz Joseph den ihm vom Sultan verliehenen İmtiyaz-Orden zu überbringen. In seinen Aufzeichnungen über die Unterredungen mit ihm vermerkte Kálnoky, er habe mit dem Marschall über die Annexion nicht gesprochen. Kálnoky an Calice Tgre. 10. und 26. Sept. 1882 Kzpte. Kálnoky eh. (P. A. XII/142).

Pascha⁴⁵⁾, in der er die Möglichkeit einer Annexion zur Sprache brachte und ihm vorstellte, daß Bosnien und die Herzegowina ohnedies für die Türkei verloren seien, und man sich mit dem Gedanken nicht beschäftigen dürfe, diese Provinzen jemals wieder zurückzugewinnen. Die Souveränität des Sultans gebe aber zu dauernden Reibungen mit den Mohammedanern Anlaß, werde von ihnen als Agitationsmittel gegen die österreichisch-ungarische Verwaltung benützt und bringe dauernd Unruhe in das Land. Österreich-Ungarn biete hingegen durch seine auf die Provinzen gelegte Hand die Garantie, daß die Entstehung eines großserbischen und großbulgarischen Staates verhindert werde, und es sei klar, daß die Schaffung dieser zwei Staaten den Untergang des europäischen Besitzes der Türkei nach sich ziehen müsse. Um diese Garantie aber ganz geben zu können, müsse Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina auch ganz in der Hand haben, und es liege demnach im Interesse der Türkei, daß ein Definitivum geschaffen werde, welches den Wühlereien und den übertriebenen Hoffnungen ein für allemal ein Ende mache.

Said Pascha erwiderte darauf, daß die Entscheidung auf jeden Fall beim Sultan liege, und er, wenn er sich dazu bereit erklärte, auch eine Kompensation erhalten müßte, etwa durch eine Unterstützung in Ägypten⁴⁶⁾, das ihm am wichtigsten sei. Auch sei die Sache nicht ohne Unterstützung anderer Signatarmächte zu machen. Im großen und ganzen glaubte Calice den türkischen Ministerpräsidenten zu seinen Anschauungen bekehrt zu haben⁴⁷⁾.

Inzwischen hatten die Verhandlungen in Wien ihren Fortgang genommen. In einem gemeinsamen Ministerrat am 23. Oktober warf Kálnoky die Frage auf, welche Haltung die Regierung gegenüber den Delegationen einnehmen solle, wenn dort durch eine Interpellation die staatsrechtliche Regelung der Stellung der okkupierten Provinzen zur Sprache gebracht werden sollte. Eine Diskussion hierüber sei absolut untunlich, doch müsse man sich über die Art und Weise der Verweigerung einer Antwort, beziehungsweise darüber klar

⁴⁵⁾ Er war kein direkter Anhänger der Österreich-Ungarn freundlich gesinnten Richtung; sondern neigte mehr zum Anschluß an die Westmächte, von denen er besonders England bevorzugte.

⁴⁶⁾ Seit der nationalen Revolution Arabi Paschas war Ägypten nicht mehr zur Ruhe gekommen. Da England eine nationale Regierung in Ägypten nicht dulden wollte, die Pforte zu einem Eingreifen nicht zu bewegen war und auch Frankreich sich in keine Aktion einlassen wollte, handelte England allein: Beschießung Alexandriens am 11. Juni 1882, Landung von Truppen und Niederlage der Nationalisten bei Tellel-Kebir am 13. September 1882. Nun, da die Lage mit Hilfe der englischen Waffen geklärt war, hätte sich der Sultan gern wieder eingeschaltet, allein jetzt hatte England kein Interesse mehr an einer Mitwirkung der Türkei. Auf die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen London und Konstantinopel bezog sich die Anregung Said Paschas.

⁴⁷⁾ Calice an Kálnoky Ber. 2. Dez. 1882 Kzpt. Calice eh., Kop. (P. A. geh. IX/459/1).

sein, ob man durchblicken lassen wolle, daß diese Frage in Zukunft aktuell werden könnte.

In der Besprechung einigte man sich auf einfache Ablehnung einer Erörterung, und zwar ohne Anspielung auf die Zukunft, weil eine solche in Konstantinopel nur verstimmen würde⁴⁸⁾. Da über andere Gegenstände der Beratung keine Einigung erzielt werden konnte, wurde am nächsten Tag unter Vorsitz des Kaisers eine neuerliche Ministerkonferenz einberufen. Kaiser Franz Joseph billigte den Beschluß vom Vortage und erinnerte daran, daß man sich bald über den Modus der Annexion einigen müsse. Die dadurch zu erreichende Konsolidierung der Verhältnisse und die Schaffung einer legalen Basis für das Vorgehen der Regierung sei notwendig, und wenn man auch noch nicht direkt an die Annexion schreiten wolle, so wäre es doch gut, durch eine Festlegung der Modalitäten eine Grundlage zu schaffen, auf welcher man die Annexion unter der Hand vorbereiten und ihr vorarbeiten könne. „Jedenfalls sei es zu wünschen, daß in der Administration Bosniens und der Herzegowina schon dermalen faktisch so vorgegangen werde, als ob die Einverleibung der beiden Länder bereits vollzogen sei.“

Kálnoky antwortete, daß er zu Verhandlungen, die sein Ressort betreffen, gern bereit sei, bemerkte jedoch, daß ein Übereinkommen mit der Türkei über die Annexion mit Rücksicht auf die Art und Weise, wie politische Verhandlungen von seiten des Sultans geführt zu werden pflegten, noch viele Schwierigkeiten bieten würde. Eine Einigung über die inneren Modalitäten müsse aber so bald wie möglich erzielt werden, damit dann die Annexion, wenn sich die äußeren Verhältnisse günstig gestalteten, auch sofort durchgeführt werden könne. Kállay stimmte dem zu, und zwar auch im Hinblick darauf, daß durch eine Annexion jedweden Bestrebungen der Bevölkerung nach außen der Boden entzogen werde, und dies sei um so wünschenswerter, als man sich bereits jetzt in den Provinzen mit der Möglichkeit und Notwendigkeit einer Stabilisierung der Verhältnisse vertraut mache⁴⁹⁾.

Die Eindringlichkeit, mit der sich Kaiser Franz Joseph für die Vorbereitung der Annexion ausgesprochen hatte, ließ den Ministern deutlich werden, daß es ihm mit diesem Plane Ernst war. Die sehr entschiedene Stellungnahme des Monarchen in dieser Angelegenheit charakterisierte die Bedeutung, die er diesen Gebieten des Reiches zumaß, und den Beteiligten erwuchs nun die Pflicht, vorerst theoretisch die erforderlichen Maßnahmen auszuarbeiten und eine Einigung hierüber zu erzielen.

⁴⁸⁾ Gem. Ministerrat Prot. 23. Okt. 1882 Kzpt., Org. (P. A. XXXX/273)

⁴⁹⁾ Gem. Ministerrat Prot. 24. Okt. 1882 Kzpt., Org. (P. A. XXXX/273)

Kálnoky hatte in seinem Kompetenzbereich durch die Berufung Baron Calices bereits einen Anfang gemacht; nun tat er noch einen weiteren Schritt, indem er einen den Parlamenten vorzulegenden Gesetzesentwurf über die eventuelle Inkorporierung Bosniens und der Herzegowina zusammenstellte⁵⁰⁾. Nach Fühlungnahme mit Kállay, bei der eine Übereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen erzielt wurde, verfaßten die beiden Minister einen neuen gemeinsamen Gesetzesentwurf⁵¹⁾, der sich zum Unterschied von dem Kálnokys, der 8 Punkte umfaßte, in 6 Paragraphen gliederte. Im wesentlichen stimmten aber beide Entwürfe überein. Es handelte sich bei ihnen freilich nicht um fix und fertig ausgearbeitete Vorlagen, allein es sollte eine Basis geschaffen werden, auf die sich die folgenden Beratungen stützen konnten. Eine Erweiterung und Vervollständigung der Arikel konnte dann je nach den Bedürfnissen noch immer vorgenommen werden.

Im gemeinsamen Entwurf Kálnokys und Kállays war vorgesehen, daß die okkupierten Provinzen durch die Annexion zu einem integrierenden Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie erhoben, jedoch weder den Ländern der ungarischen Krone noch den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern förmlich einverleibt werden sollten. Mit ihrer Verwaltung sollte ein eigener Minister betraut werden, der dem Kaiser direkt unterstehen, im gemeinsamen Ministerrat Sitz und Stimme haben und den Delegationen verantwortlich sein sollte. An eine Umgestaltung der Doppelmonarchie im Sinne eines Trialismus dürften weder Kálnoky noch Kállay bei der Abfassung ihrer Entwürfe gedacht haben; dazu war auch die Zeit noch nicht reif. Es ist jedoch bemerkenswert, daß beide Minister die Annexion in groben Umrissen so geregelt wissen wollten, wie sie später tatsächlich in innenpolitisch-staatsrechtlicher Hinsicht durchgeführt wurde.

Es erscheint müßig, zu erörtern, welche Wirkung eine damals vorgenommene Annexion auf die Innenpolitik Österreich-Ungarns in den folgenden Jahrzehnten ausgeübt und welchen Gang die süd-slawische Frage dadurch genommen hätte. Die einzige Feststellung nur sei erlaubt, daß dadurch der innerstaatlichen Entwicklung der okkupierten Provinzen ein wenig vorgegriffen worden wäre, was die

⁵⁰⁾ Entwurf für einen, den beiden Parlamenten vorzulegenden Gesetzesvorschlag, die eventuelle Inkorporierung von Bosnien und der Herzegowina betreffend. Oktober 1882 Org. (P. A. geh. IX/459/1). Dieser Entwurf lag, wie die Randbemerkungen beweisen, dem Kaiser vor und er dürfte mit ihm einverstanden gewesen sein. Die Randbemerkungen betreffen nur Einzelheiten und Erweiterungen, lassen aber auf eine Mißbilligung des Gesamtentwurfes nicht schließen.

⁵¹⁾ Geheimes Memorandum des gemeinsamen Ministers des Äußeren und des Reichsfinanzministers vertraulich in gemeinsamer Besprechung den beiden Ministerpräsidenten mitgeteilt. November 1882 Org. (P. A. geh. IX/459/1).

beiden Verfasser dieses Entwurfes durch den Umstand auszugleichen bemüht waren, daß sie für die zu annectierenden Länder keine parlamentarische Vertretung vorsahen. Dieses Moment mochte allerdings durch den provisorischen und ganz allgemeinen Charakter dieser Gesetzesvorlage bedingt gewesen sein, denn man nahm ja für die Regelung der Einzelheiten ein neues bosnisches Gesetz unter Zugrundelegung des bestehenden in Aussicht.

Das geheime Memorandum, in dem Kálnoky und Kállay ihre Vorschläge niedergelegt hatten, wurde in einer vertraulichen Besprechung am 12. November 1882 den beiden Ministerpräsidenten Taaffe und Tisza mitgeteilt, und man kam überein, den Gedankenaustausch via Memorandum fortzusetzen⁵²⁾.

Bevor es aber dazu kam, trat die außenpolitische Seite der Annexionsfrage wieder in den Vordergrund. Ende November 1882 brachte die Ankunft Baron Calices aus Konstantinopel in Wien sofort eine Reihe von Besprechungen, die Kálnoky ziemlich in Anspruch nahmen⁵³⁾. Das Ergebnis derselben war, wie er dem Kaiser melden konnte, nicht ungünstig⁵⁴⁾, und da vereinbart worden war, daß Calice zur persönlichen Berichterstattung nach Budapest kommen sollte, wo der Kaiser zur Zeit weilte⁵⁵⁾, so telegraphierte dieser nach Wien, daß Calice erst kommen solle, wenn Kálnoky mit ihm alles gründlich durchberaten hätte⁵⁶⁾. Am 29. November 1882 fuhr Calice nach Pest und hatte am nächsten Tage Audienz bei Kaiser Franz Joseph. Am Schlusse derselben beauftragte ihn der Kaiser, sich eine Aufzeichnung über das Besprochene zu machen⁵⁷⁾.

Calice referierte zunächst über seine Unterredung mit Said Pascha und stellte dann fest, daß seiner Meinung nach außer Rußland kaum eine Macht gegen eine Annexion Stellung nehmen würde⁵⁸⁾. Eine

⁵²⁾ Über diese Konferenz existiert keine Aufzeichnung bei den Akten.

⁵³⁾ Vgl. R. W. Seton-Watson: . . . Early Project of Annexation. Slavonic Review, 8. Bd., Jg. 1929/30, S. 586. Die Reise Calices nach Wien wurde von einem kleinen französischen Blatt dahingehend kommentiert, daß Calice dem Kaiser den Zustand der Türkei als hoffnungslos bezeichnet hätte, wenn der Sultan sich nicht zu tiefgreifenden Reformen entschließen würde. Diese Nachricht beunruhigte den Sultan sehr, und er erbat sich von Wien ein Dementi, das auch bereitwillig gegeben wurde. — Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger in Konstantinopel, Arthur von Webenau, an Kálnoky Tgr. 20. Dez. 1882 Org. (P. A. XII/141); der zweite Sektionschef im Ministerium des Äußeren Ladislaus von Szögyény-Marich an Webenau Tgr. 12. Dez. 1882 Kzpt. (P. A. XII/142).

⁵⁴⁾ Kálnoky an Kaiser Franz Joseph Tgr. 26. Nov. 1882 Kzpt. Kálnoky eh. (P. A. geh. IX/459/1).

⁵⁵⁾ Der Kaiser befand sich in Gödöllő, beabsichtigte aber in den nächsten Tagen nach Budapest zu kommen, so daß die Audienz dort stattfand.

⁵⁶⁾ Kaiser Franz Joseph an Kálnoky Tgr. 26. Nov. 1882 Org. (P. A. geh. IX/459/1).

⁵⁷⁾ Calice an Kálnoky Ber. 2. Dez. 1882 Kzpt. Calice eh., Kop. (P. A. geh. IX/459/1).

⁵⁸⁾ Diese Äußerung bewies, daß Calice von den Bestimmungen des Dreikaiservertrages keine Kenntnis hatte.

solche sei früher oder später notwendig, um den fortwährenden Berufungen des Sultans auf seine Souveränitätsrechte ebenso ein Ende zu machen wie den Hindernissen, die der Verwaltung daraus erwachsen⁵⁹⁾. Auf die Frage des Kaisers, wie eine Annexion in Konstantinopel aufgenommen werden würde, antwortete Calice, daß dies davon abhängig sei, ob sie mit oder ohne Wissen der Türkei gemacht würde; in letzterem Falle sei der Protest des Sultans bei den Signatarmächten und Intrigen mit Österreich-Ungarn feindlich gesinnten Elementen die Folge. Dergleichen könnte nur durch die Zustimmung der anderen Mächte paralytisch werden, die auch in ersterem Falle zu gewinnen nur vorteilhaft sein würde. Wolle man die Annexion im Einvernehmen mit der Türkei vornehmen, so sei eine Gewinnung der Pforte unerlässlich, denn ob der Sultan zur Zustimmung gebracht werden könne, sei immer fraglich. Nebstbei müsse die türkische und österreichisch-ungarische wie überhaupt die europäische Presse die Aktion unterstützen, wobei Deutschland von besonderer Wichtigkeit sei. Als Gegenleistung wäre die Hilfe der Monarchie in der ägyptischen Frage anzubieten. Die größte Schwierigkeit bei einem Versuch, den Sultan für die Annexion zu gewinnen, sah Calice in den traurigen Zuständen im Palais, die jede Voraussicht illusorisch machten⁶⁰⁾.

Kaum niedergeschrieben, erfuhren diese Feststellungen ihre triste Bestätigung. Über Nacht wurde der türkische Ministerpräsident Said Pascha und fast sein ganzes Kabinett durch die üblen Verleumdungen eines persönlichen Gegners gestürzt und er selbst in Haft gesetzt, während sein Gegner seine Stelle einnahm. Die Untersuchung ergab jedoch, daß Said Pascha unschuldig und die Behauptung seines Widersachers, er arbeite auf den Sturz des Sultans hin, eine

⁵⁹⁾ Calice unterließ es nicht, den Kaiser darüber zu informieren, daß er diesbezüglich in Wien und Budapest verschiedene Auffassungen vorgefunden hatte. Entweder lehne man eine Annexion überhaupt ab, da eine Zession der Souveränität des Sultans nicht nötig sei, oder man wünsche die Verhandlungen auf einen späteren, günstigeren Zeitpunkt zu verschieben; schließlich und endlich werde die Meinung vertreten, daß eine Annexion absolut nötig sei, da die Berufung der Bevölkerung auf die Oberhoheit des Sultans und die daraus resultierenden Reklamationen der Pforte die Verwaltung behinderten. — Die Beobachtungen Calices waren richtig, denn diese unterschiedlichen Standpunkte waren ja schon in den Denkschriften Dóczy und Kállays aufgeschieden.

⁶⁰⁾ Calice zeichnete ein reichlich düsteres Bild: mißtrauisch und in steter Angst um seinen Thron und sein Leben, werde der Sultan von seiner Umgebung zu allen möglichen Zwecken, besonders zur Beseitigung persönlicher Gegner mißbraucht. Er traue deshalb niemand mehr richtig, ja er wolle sogar die Uneinigkeit auf der Pforte und im Palais und den Antagonismus der Persönlichkeiten in seiner Umgebung, welche er dann alle mit einem Netz von Spionen umgebe, für deren Verdächtigungen er stets zugänglich sei. Der Antrag eines Ministers rufe sofort ein Heer von Gegnern auf den Plan und niemand wisse sich in seiner Stellung für den nächsten Tag sicher, so daß jeder nur um sich selbst besorgt sei. So sei ein Entschluß des Sultans angesichts der sich rings um ihn bekämpfenden und widersprechenden Meinungen kaum möglich und er nehme „oft mit der einen Hand, was er mit der anderen gegeben“.

Lüge war, worauf er wieder in Amt und Würden eingesetzt, sein Kabinett bis auf den Minister des Äußeren wiederhergestellt und er selbst zum Großwesir ernannt wurde⁶¹). Das alles spielte sich innerhalb weniger Tage ab⁶²), und es war begreiflich, daß diese Ereignisse in Wien einen üblen Eindruck machten⁶³) und auf die an den Verhandlungen Beteiligten nicht eben ermutigend wirkten, besonders was eine Gewinnung des Sultans für die gehegten Absichten betraf.

Kálnoky verhehlte weder dem Kaiser noch sich selbst die Schwierigkeiten dieser Lage, und mit Resignation sah er sich gezwungen festzustellen, daß demgegenüber auch die wohlherwogensten Kombinationen wertlos würden⁶⁴). Trotzdem setzte er, dem Wunsche des Kaisers gemäß⁶⁵), die Besprechungen mit Baron Calice fort, und auch der Reichsfinanzminister wurde beigezogen. Über deren Resultat ist nichts bekannt, und kein Hinweis deutet darauf hin, ob man zu positiven oder negativen Entschlüssen für die Zukunft gelangte. Als Calice am 31. Dezember 1882 nach Konstantinopel zurückkehrte, wurde er vom Großwesir Said Pascha und dem Minister des Äußeren mit Vertrauens- und Sympathiekundgebungen überhäuft, und speziell Said, der dem Sultan neuerdings unentbehrlich geworden war und fast täglich ins Palais gerufen wurde, zeigte sich äußerst erfreut, als Calice ihm sagte, daß die Annexionsangelegenheit noch nicht reif sei, verwirklicht zu werden, und er nicht ermächtigt sei, in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten^{65a}). Es fällt schwer, aus diesem Faktum irgendwelche Schlüsse zu ziehen; am ehesten könnte noch daraus abgeleitet werden, daß Kálnoky für die nächste Zeit einen gedeihlichen Abschluß der Verhandlungen vor allem mit Tisza nicht für wahrscheinlich hielt und daher von jedweden Besprechungen

⁶¹) Webenau an Kálnoky Ber. A 5. Dez. 1882 Org.; Ber. A 12. Dez. 1882 Org. (P. A. XII/141).

⁶²) Am 27. November 1882 wurde der Außenminister Said Pascha durch Asım Pascha ersetzt, was als Anzeichen für den Sturz des gleichnamigen Ministerpräsidenten angesehen wurde, da beide sehr gut zusammengearbeitet hatten. Dieser erfolgte denn auch am 1. Dezember. Am 3. Dezember wurde das Kabinett bis auf den Minister des Äußeren, der nunmehr Arifi Pascha hieß, wiederhergestellt. Webenau an Kálnoky Tgr. 27. Nov. 1882 Org.; Ber. A und F 28. Nov. 1882 Org.; Tgr. 3. Dez. 1882 Org. (P. A. XII/141).

⁶³) Kaiser Franz Joseph ließ sich sofort über die Bedeutung des Kabinettwechsels Bericht erstatten. Webenau an Kálnoky Tgr. 1. Dez. 1882 Org.; darauf die Notiz: „Ich wünsche die Ansicht Calices über Bedeutung dieser Personaländerung. FJ“ Weiters: „geschehen Ky“ (P. A. XII/141). Die nötigen Aufklärungen gab Kálnoky mit Vortrag vom 3. Dezember 1882, siehe die folgende Anmerkung.

⁶⁴) Kálnoky an Kaiser Franz Joseph Vortrag 3. Dez. 1882 Kzpt. Kálnoky eh. (P. A. geh. IX/459/1).

⁶⁵) Franz Joseph hatte Calice aufgetragen, die Annexionsfrage mit Kálnoky genau durchzubearbeiten, um alle Möglichkeiten zu erwägen und im voraus genau zu berechnen.

^{65a}) Calice an Kálnoky Prbr. 9. Jan. 1883 Org. Calice eh. (Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Administrative Registratur, Fach 34, Faszikel 288a).

dieses so heiklen Themas mit türkischen Staatsmännern vorderhand Abstand nehmen wollte.

Anknüpfend an die vertrauliche Konferenz vom 12. November übermittelte der ungarische Ministerpräsident von Tisza im Jänner 1883 Grafen Kálnoky ein vertrauliches Memorandum, in dem er seinen — den ungarischen — Standpunkt zur Annexionsfrage genau präziserte⁶⁶). Wie Kálnoky, so setzte auch er eine vorherige Verständigung mit der Türkei und eine Regelung in bezug auf den Berliner Vertrag nach internationalem Recht voraus; im allgemeinen zweifelte auch er nicht an der Endgültigkeit der Okkupation, welche dadurch ohnedies schon eine de facto, freilich nicht de nomine Annexion sei. Das Schwergewicht lag bei ihm natürlicherweise auf der innenpolitischen Seite der staatsrechtlichen Regelung. Im Falle einer Einverleibung käme, seiner Meinung nach, nur eine solche Lösung in Betracht, die einen Teil der okkupierten Gebiete zu Ungarn, den anderen zu Österreich schlage⁶⁷). Eine Beisammenlassung der Länder als reichsunmittelbare Provinz würde der dualistischen Gestaltung der Monarchie widerstreben, und es bestünde dann die Gefahr, daß ein drittes, und zwar slawisches Gebiet innerhalb der Monarchie geschaffen würde⁶⁸). Ein solches müßte dann einen erklärlichen Anziehungspunkt für andere slawische Gebiete, wie Dalmatien und Kroatien, bilden, und würde man diesem Vereinigungsstreben willfahren, so wäre der Trias (Trialismus) fertig. Dadurch würde Österreich-Ungarn verslawisiert und den Strömungen des Panslawismus gegenüber noch offener werden.

Um dem vorzubeugen und um die Lasten gleichmäßig zu verteilen, schlug Tisza die Aufteilung der okkupierten Länder nach dem Quotenverhältnis von 1867 vor. Die Regierungskreise von Banjaluka und Bihać sollten den Ländern der ungarischen Krone und die Regierungsbezirke Travnik, Dolnja-Tuzla, Sarajevo und Mostar den im österreichischen Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern einverleibt werden. Diese Aufteilung würde ungefähr einem Prozentualverhältnis von 69:31 entsprechen.

⁶⁶) Vertrauliches Memorandum des königlich ungarischen Ministerpräsidenten von Tisza bezüglich der Behandlung Bosniens und der Herzegowina bei voraussichtlicher Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses (dieser Titel von Kálnoky an den Rand geschrieben). Jänner 1883 lithographierte Kop. (P. A. geh. IX/459/2); vgl. R. W. Seton-Watson: . . . Early Project of Annexation. Slavonic Review, 8. Bd., Jg. 1929/30, S. 587.

⁶⁷) Bemerkenswert ist, daß Tisza stets, wenn er von Österreich und Ungarn sprach, den Ausdruck „die beiden Staaten der Monarchie“ verwendete.

⁶⁸) Tisza begründete das damit, daß man auf die Dauer diesen Gebieten eine verfassungsmäßige Vertretung nicht verweigern könne, und wenn sie dann ein selbständiges Glied innerhalb der Monarchie bildeten, so könnten sie verfassungsrechtlich weder in die beiden Parlamente noch in die Delegationen ihre Vertreter entsenden. Eine selbständige Legislative wäre dann kaum zu umgehen und damit auch die Konstitution von 1867 durchbrochen etc.

Um seinen Plan durch Tatsachen zu stützen, legte Tisza seiner Denkschrift eine Reihe von genau detaillierten Statistiken über den Flächeninhalt, die Bevölkerungsdichte und -anzahl, über den Pferde- und Hornviehbestand und über die Einnahmen der einzelnen Distrikte, die jeweils an Österreich, beziehungsweise Ungarn fallen sollten, bei⁶⁹⁾.

Obwohl die Richtigkeit der gemachten Angaben nicht angezweifelt zu werden braucht, so läßt sich doch bereits auf den ersten Blick feststellen, daß Tisza nicht die schlechtesten Gebiete Bosniens für sein Land ausgewählt hatte. Die Bezirke von Banjaluka und Bihać schlossen direkt an Kroatien und Slawonien an, während die Distrikte, die Österreich zufallen sollten, an der Peripherie lagen und teilweise an Serbien und Montenegro beziehungsweise an Dalmatien grenzten. Ackerbau⁷⁰⁾ und Viehzucht waren in den Ungarn zugeordneten Bezirken prozentuell entschieden mehr vertreten als in den Österreich zugesprochenen Landstrichen, von denen nur der Bezirk Dolnja-Tuzla über bedeutenden Viehbestand und über nennenswerte Landwirtschaft verfügte. Die Bezirke Mostar, Sarajewo, Trawniki und zum Teil auch Dolnja-Tuzla umfaßten geographisch gesehen das wenig fruchtbare west- und ostbosnische Kalkgebirge, und nur Dolnja-Tuzla reichte bis an die Save und ihre zum Teil aber schon sumpfigen Niederungen und nahm das östliche Drittel des bosnischen Mittelgebirges ein. Das westlich der Bosna gelegene bosnische Mittelgebirge und die fruchtbaren Saveniederungen, die sich entlang der Flüsse Vrbas, Sana und Una tief ins Land hineinzogen, fielen in die Grenzen der Bezirke von Banjaluka und Bihać, und nur der letztere hatte Anteil an dem Kalkgebirge (Gemečplanina).

Man wird es den Vertretern der österreichischen Interessen schon in Anbetracht dieser vorgelegten Teilungspläne nicht besonders

⁶⁹⁾ Es entfielen an Flächeninhalt (nach Quadratmeilen: 1 Q.-M. = rund 55 km²) der an Österreich und Ungarn aufzuteilenden Gebiete 668,58 Q.-M. = 73,5% an Österreich und 240,72 Q.-M. = 26,5% an Ungarn, wovon im Durchschnitt auf eine Quadratmeile im österreichischen Gebiet 1198 Seelen entfielen, während die Zahl der Einwohner im ungarischen Teil auf einer Quadratmeile mit 1491 Seelen angegeben war. Die beiden Ungarn zugeordneten Bezirke waren also die weitaus dichter besiedelten. Der Pferdebestand inklusive Esel und Maultier wurde aufgeteilt mit 76,79%:23,21%, wobei bedacht werden muß, daß in den gebirgigeren Gegenden der Maultierbestand überwog, während in den Niederungen hauptsächlich Pferde verwendet und gezüchtet wurden. Beim Hornviehbestand ergab sich ein Verhältnis von 66,67%:33,33%; der ungarische Anteil war hier prozentuell höher, weil sich die Gegenden, die zu Ungarn geschlagen werden sollten, für die Viehzucht besser eigneten. Schließlich belief sich das Verhältnis der Einnahmen bei 2,417.700 Gulden für die Österreich zugerechneten Bezirke auf 1,127.200 Gulden für die ungarischen Distrikte, was einem Prozentualverhältnis von 68,2:31,8 entsprach.

⁷⁰⁾ Über den Ackerbau in Bosnien und der Herzegowina hatte Tisza keine Statistik beigelegt; desgleichen fehlen Angaben über den allerdings noch sehr wenig entwickelten Bergbau.

übelnehmen dürfen, wenn sie ihnen etwas skeptisch gegenüberstanden. Wenn auch Tisza nicht zu jenen Magyaren zählte, denen Ungarn alles und die Monarchie in ihrer Gesamtheit nur wenig bedeutete, so wußte er doch, wo der Vorteil für seine Heimat zu suchen und zu finden war. Sein Streben ging ja dahin, in die okkupierten Länder so wenig wie möglich zu investieren, aber soviel wie nur tunlich herauszuschlagen, und wenn auch damals die Investitionen, die natürlich zu Lasten beider Reichshälften fielen, in keinem Verhältnis zu den geringen Einnahmen standen, so mußte doch an die Zukunft gedacht werden und an den wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung, an dessen Anfang Bosnien und die Herzegowina in der ersten Hälfte der achtziger Jahre standen.

In erster Linie kam aber nicht das Wie einer eventuellen Aufteilung in Betracht, sondern die prinzipielle Frage stand zur Debatte, ob überhaupt eine Aufteilung vorgenommen oder ob man die okkupierten Gebiete auch nach einer Annexion gemeinsam weiterverwalten sollte, so wie es zur Zeit geschah. Wie gezeigt, hatten sich die Geister hierin schon geschieden, und die Bestimmtheit, mit der auf beiden Seiten an den konträren Standpunkten festgehalten wurde, gibt der Vermutung Raum, daß in diesem Gegensatz der Meinungen ein Grund zu suchen war, warum die Verhandlungen zur Vorbereitung der Annexion damals einfach sistiert wurden. Da sich der Kaiser selbst zu wiederholten Malen sehr eindringlich für die theoretische, aber auch praktische Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen und Inangriffnahme der diplomatischen Vorbereitungsmaßnahmen ausgesprochen hatte, so mußten sehr tiefgreifende Gründe für das glatte Fallenlassen des Annexionsprojektes vorliegen.

Die Motive, die Tisza zur Aufstellung seines Aufteilungsplanes bewogen hatten, waren klar. Er sah in einer mehr oder weniger ausgeprägten Selbständigkeit Bosniens und der Herzegowina nach der vollzogenen Annexion eine Bedrohung für die Stellung und Bedeutung der ungarischen Reichshälfte im Reichsverband, und davor glaubte er sich durch das Projekt einer Aufteilung jener Gebiete sichern zu müssen. Weniger präzise wurden die Motive der Ablehnung dieses Vorschlages geäußert⁷¹⁾. Eine Stellungnahme Taaffes oder Kálnokys zu der Denkschrift Tiszas ist leider nicht überliefert, und es ist nur bekannt, daß sich Kállay schon im Ministerrat vom 3. Juni 1882 gegen eine solche Lösung aussprach. An Hand der vorhergehenden Äußerungen Kálnokys kann aber mit Sicherheit angenommen werden, daß auch ihm eine Teilung widerstrebe.

Tisza stellte in seinem Memoire einen gewissen Widerstand der Bevölkerung gegen eine Teilung Bosniens in Rechnung, doch glaubte

⁷¹⁾ Positive Anhaltspunkte in dieser Hinsicht fehlen fast gänzlich.

er ihn gering veranschlagen zu können, da diese Gebiete — seiner Meinung nach — in keiner Hinsicht eine Einheit bildeten. Entgegen dieser Auffassung dürfte man auf österreichischer Seite schon einen ziemlichen Widerstand erwartet haben, wenn auch nicht daran zu zweifeln ist, daß damals von einem ausgeprägten Zusammengehörigkeitsgefühl der südslawischen Nationalitäten noch nicht gesprochen werden konnte. Die österreichischen Politiker wollten aber überhaupt keine Teilung, weil sie die Entwicklung der okkupierten, beziehungsweise zu annektierenden Länder viel besser gewährleistet glaubten, wenn deren Verwaltung in einer Hand zusammengefaßt war. Es ließ sich finanziell, wirtschaftlich und verwaltungstechnisch mit einer Einheit eben viel leichter operieren, als wenn der in Österreich keineswegs beliebte Dualismus, noch dazu unter Anwendung des noch unbeliebteren Quotenverhältnisses auch auf diese Gebiete übertragen worden wäre⁷²). Nähere Einzelheiten über die innenpolitischen Gründe der Aufgabe des Annexionsprojektes sind nicht bekannt, und weitergehende Schlüsse erscheinen etwas gewagt.

Anders lagen die Dinge in der Außenpolitik. Deprimierend wirkte hier die völlige Unsicherheit der politischen Lage in Konstantinopel, die jede Vorausberechnung schon a priori zum Scheitern verurteilte. Gerade in dieser heiklen Angelegenheit aber war es nötig, die zu erwartenden hemmenden und feindlichen Einflüsse einzukalkulieren, um sie rechtzeitig und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel paralisieren zu können. Schon Calice hatte es als schwer betrachtet, den wankelmütigen und den Einflüsterungen seiner Umgebung verfallenen Sultan für die Annexion zu gewinnen, die ja letzten Endes und vom türkischen Standpunkt aus gesehen nichts anderes war, als eine neuerliche Einbuße seiner Herrschaftsrechte und des türkischen Prestiges. Die Aussichten auf eine Verständigung mit dem Sultan und seinem Kabinett waren angesichts dieser Sachlage sehr gering, und es blieb dann nur mehr der eine Weg offen, die Annexion ohne Wissen und Einverständnis der Türkei durchzuführen. In diesem Fall mußte man sich auf eine schwere Verstimmung und Erbitterung in Konstantinopel und auf die Gegnerschaft der Türkei in der darauf folgenden Zeit gefaßt machen; auch eine revolutionäre Bewegung unter der Bevölkerung der europäischen Türkei war als Folgeerscheinung nicht ausgeschlossen. Es scheint, daß Kálnoky eine solche gewaltsame Lösung perhorreszierte und ihm ein Einverständnis mit dem Sultan lieber gewesen wäre. Nicht, daß er die Folgen einer Überrumpelung übermäßig gefürchtet und deshalb die Gewinnung des Sultans als unumgänglich notwendig hingestellt

⁷²) Ganz besonders in wirtschaftlicher Hinsicht mußte sich eine solche Teilung äußerst hemmend auswirken, denn wenn je diese Gebiete einen einheitlichen Zug an sich hatten, so war dies auch schon damals in wirtschaftlicher Hinsicht der Fall.

hätte; wenn die Verhältnisse eine Angliederung dringend erfordert hätten, wäre er wohl auch ohne die Türkei vorgegangen. Eine solche Dringlichkeit, welche das in Kauf zu nehmende Risiko rechtfertigen konnte, lag jedoch im Augenblick nicht vor, und auch die allgemeine politische Lage war nicht danach, um die Sache ohne größere Erschütterung durchführen zu können.

Bei dem Ansehen, das Deutschland in Konstantinopel und vornehmlich beim Sultan genoß, war eine Hilfe von dieser Seite für das Gelingen der Aktion ungemein wichtig, und gerade hier war es fraglich, ob Bismarck eine tatkräftige Unterstützung gewähren würde, da es ihm sehr darum zu tun war, in seiner Politik Schwankungen und gewaltsame Störungen zu vermeiden. Ohne ein kräftiges Beben in dem so sorgsam gehüteten europäischen Gleichgewicht wäre aber eine Annexion schon damals nicht zu machen gewesen. Auf das durch den Dreikaiservertrag verbürgte Wort des Zaren und seines Außenministers Giers⁷³⁾ konnte man sich zwar verlassen, mit der Gegnerschaft der öffentlichen Meinung in Rußland und vor allem der Panslawisten mußte man jedoch rechnen; auf den Bundesgenossen Italien⁷⁴⁾ konnte man immerhin zählen, nicht aber auf England — schon gar nicht auf Gladstone — und ebensowenig auf Frankreich, dem Extratouren aus diesem Anlaß zuzutrauen waren. Die Reflexionen bei den Balkanstaaten waren schwerer zu berechnen. Eine offene Gegnerschaft Montenegros war sehr wahrscheinlich, und auch eine feindselige Haltung Griechenlands war vorauszusehen; letzteres mußte die Gefahr des Vorrückens Österreich-Ungarns in Richtung auf Saloniki nun viel deutlicher verspüren als sonst. In Serbien war ein Sturm gegen Regierung und Souverän zu befürchten, und es war fraglich, ob Milan seine Politik, die sich auf die Freundschaft zur Monarchie stützte, fortführen würde können; die Schockwirkung einer Annexion auf die großserbischen Politiker und ihren Anhang mußte deren Gegnerschaft unzweifelhaft heraufbeschwören, und man durfte die sich damit für Serbien verbindende Krise in ihren Auswirkungen nicht unterschätzen. In Bulgarien war zu erwarten, daß das panslawistische Element bis zum letzten Aufgebot seines Einflusses schreiten würde, um auch dieses Land in den Kreis der Gegner Österreich-Ungarns zu ziehen.

Diese Aspekte waren alles andere denn erfreulich, und doch durfte nicht vergessen werden, daß der zu gewärtigende Aufruhr am Balkan mit der Zeit seine Intensität verlieren und wieder verebben würde. Auf eine momentane Erregung mußte man sich aber gefaßt

⁷³⁾ Nikolaj Karlovič von Giers hatte das russische Außenministerium vom April 1882 bis Jänner 1895 inne.

⁷⁴⁾ Seit dem Mai 1882 bestand der Dreibund. Es war allerdings auch in Italien mit einer feindseligen Haltung der Öffentlichkeit zu rechnen, wenngleich erwartet werden durfte, daß sich die Regierung hiemit nicht identifizieren würde.

machen. Mochte sie nun mehr oder weniger heftig ausfallen — eines stand fest: der Wert der Zusage der leitenden russischen Staatsmänner, einer Annexion, wenn und wann Österreich-Ungarn sie für notwendig finde, zuzustimmen, war nicht zu unterschätzen, und dieses Moment stellte den Ausgleich zwischen dem Für und Wider her, trotz aller Gründe, die gegen eine Annexion sprachen.

Allerdings mußte man es in Kauf nehmen, wenn Rußland als Antwort auf eine Annexion in Bulgarien aktiv vorging, aber die Freiheit einer solchen Parallelaktion war ihm ja im Dreikaiservertrag zugestanden worden. Auch in diesem Umstand lag ein reiflich zu erwägendes Moment. War die Annexion wirklich so wichtig und dringend erforderlich, daß darob eine unter russischem Einfluß vollzogene Union Bulgariens mit Ostrumelien riskiert oder überhaupt irgendeine Aktion Rußlands zur Stärkung seines schwindenden Einflusses in Bulgarien heraufbeschworen werden durfte? Schon während seiner Botschafterzeit in St. Petersburg sträubte sich Kálnoky gegen ein russophiles Großbulgarien, und er befürwortete den Dreikaiservertrag eigentlich nur deshalb, weil er sich von ihm eine beruhigende und dämpfende Wirkung auf die russische Politik versprach. Eine gemäßigte und friedliche Politik mußte viel weniger geneigt sein, auf eine Union hinzuarbeiten, als eine radikal-aktive, der in dieser Beziehung ein skrupelloses Vorgehen zuzutrauen war. Erstere gegenüber letzterer zu bestärken, war Kálnokys Bestreben, aber selbst abgesehen von allen panslawistischen und nationalistischen Nebenerscheinungen, die in Rußland durch eine Inkorporierung der zwei Provinzen zweifellos hervorgerufen worden wären, könnte man Kálnoky nicht verurteilen, wenn ihm im Vergleich zu einer Annexion das heraufbeschworene Risiko eines russischen Großbulgariens als eine für Österreich-Ungarn gewagte und ungleiche, zumindest aber unrentable Partie erschienen wäre. Drehte man aber die Frage um, so bekam sie — von Wien aus gesehen — ein ganz anderes Gesicht. Wurde die Union vollzogen, dann mußte Österreich-Ungarn seine Zusage einlösen und gute Miene zu gefährlichem Spiel machen. Blieb in der Folge die Annexion aus und der Dreikaiservertrag lief ab — und es war fast zu erwarten, daß er nicht allzulange währen würde —, so ging Österreich-Ungarn seines Vorteiles verlustig, während Rußland den seinen gewahrt hatte. Diese Eventualität scheint Kálnoky gefürchtet zu haben, und daraus erklärt sich, wie schon gezeigt, sein Drängen auf Vorbereitung der Annexion.

So wirkten auch in der außenpolitischen Seite der Annexionsfrage verschiedene Momente gegeneinander, und da es nicht bekannt ist, welche von ihnen im einzelnen den Ausschlag gaben, so erübrigt sich eine weitere Diskussion und Kritik hierüber. Tatsache ist, daß — nach den schriftlichen Belegen zu schließen — die Verhandlungen über die Vorbereitungs- und Durchführungsmaßnahmen fast schlagartig

abgebrochen wurden. Möglich immerhin, ja sogar wahrscheinlich, daß eine mündliche Auseinandersetzung über die in der Denkschrift Tiszas niedergelegten Pläne stattfand, doch ist hierüber nichts Näheres überliefert.

In außenpolitischer Hinsicht war es jedenfalls sehr bedauerlich, daß die Annexionsklausel des Dreikaiservertrages unausgenützt blieb. Im Hinblick auf die allgemeinen politischen Verhältnisse jedoch hatte das Abwarten eines günstigeren Zeitpunktes schon etwas für sich, denn selbst der weitestblickende politische Geist kann die Zukunft nicht vorausberechnen. Das Eintreten einer ersprießlicheren Konstellation mochte Kálnoky damals immer noch als möglich betrachten; sie mit Gewalt herbeiführen zu wollen, war bedenklich, denn schließlich waren einem österreichisch-ungarischen Minister des Äußeren auch noch andere politische Aufgaben gestellt, auf die er Rücksicht nehmen mußte, und er konnte seine Politik nicht nur auf eine Annexion allein ausrichten. Für Kálnokys Bestreben, die Annexion vorzubereiten, mag unter anderem als Beweis gelten, daß er im Sommer 1883 die Frage von sich aus und rein innerhalb seines Ressorts wieder aufwarf.

Am 27. Juni 1883 schrieb Kálnoky einen Privatbrief an Calice, in dem er ihn aufforderte, die Lage auf der Pforte bezüglich einer Annexion zu sondieren und seine eigenen Auffassungen hierüber zu äußern⁷⁵⁾. Calice wandte sich wiederum an den Großwesir und Ministerpräsidenten Said Pascha, und dieser antwortete ihm, die Sache erscheine ihm „zu delik特, um sie in Gang zu bringen, wenn die Chancen nicht vorwiegend gute sind. Es ist auch im Interesse des Unternehmens, eine erfolglose Aktion zu vermeiden, indem eine bessere Konjunktur, die sich später ergeben kann, nur kompromittiert und Komplikationen herbeigeführt werden könnten, welche beiden Regierungen unerwünscht sein müßten⁷⁶⁾.“

Die Ablehnung, die aus diesen Worten sprach, konnte nicht übersehen werden, und Calice andererseits konnte nicht umhin, die

⁷⁵⁾ Diesen Privatbrief schrieb Kálnoky eigenhändig, ohne ihn vorher zu konzipieren. Er ist deshalb schon seinerzeit im Archiv des Ministeriums des Äußeren als nicht vorhanden protokolliert worden und auch das Original konnte in den Splittern, die vom Konstantinopler Botschaftsarchiv in das Staatsarchiv gelangt sind, nicht aufgefunden werden. Wahrscheinlich behielt ihn Calice in eigener Verwahrung, wie das bei wichtigen Stücken, die man nicht in der Botschaftsregistratur deponieren wollte, üblich war. Der private Nachlaß des Botschafters ist jedoch schon im ersten Weltkrieg in Gradisca ein Opfer der Kampfhandlungen geworden. — Vielleicht hätte dieser Brief über die Motive Aufschluß geben können, die zur plötzlichen Sistierung der Verhandlungen zwischen den gemeinsamen Ministern führten.

⁷⁶⁾ Calice an Kálnoky Prbr. 5. Juli 1883 Org. Calice eh. (P. A. XII/142). Dieser Privatbrief wurde an Kállay und nach St. Petersburg mitgeteilt und hierin liegt ein Beweis dafür, daß Kálnoky mit Kállay bezüglich der Annexionsfrage noch in Verbindung war.

allgemeine Lage als ungünstig für die Wiederaufnahme des Projektes zu bezeichnen. Verschiedene Ereignisse hatten das gute Verhältnis der Pforte zu Österreich-Ungarn, wie es zu Anfang des Jahres 1882 bestanden hatte, getrübt und das Mißtrauen des Sultans gegen die Monarchie verstärkt, so daß Calice glaubte, im gegenwärtigen Augenblick nichts Wesentliches für die Annexion tun zu können⁷⁷⁾.

Mit diesem Nachspiel schloß die Erörterung der Annexion ab⁷⁸⁾, und zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Motive, die die Aufgabe des Projektes, beziehungsweise den Abbruch der vorbereitenden Besprechungen bedingten, wohl mehr in den Differenzen wegen der innenpolitischen Seite der staatsrechtlichen Regelung zu suchen waren, als in den Schwierigkeiten, die der Durchführung einer Annexion in der Außenpolitik entgegenstanden. So blieb die Okkupation bestehen, und es änderte sich an ihr auch nichts, als im Jahre 1885 die Union vollzogen wurde. Es geschah dies zwar nicht unter dem Protektorat Rußlands, aber weder dieses noch die anderen Mächte zeigten sich bereit, den Status quo ante mit Gewalt wiederherzustellen. Ein Jahr später wurde Fürst Alexander gezwungen, den bulgarischen Thron zu verlassen, und wieder ein Jahr später hielt Prinz Ferdinand als gewählter, aber von den Mächten nicht anerkannter Fürst seinen Einzug in Sofia, der Hauptstadt des um Ostrumelien vergrößerten Bulgariens. Diese Jahre waren Krisenjahre für die europäische Diplomatie, und der Dreikaiservertrag fiel ihnen zum Opfer, das heißt er wurde nicht mehr verlängert, als er 1887 ablief. Die Erwartungen, die Rußland an eine Union beider Bulgarien noch beim Abschlusse des Dreikaiservertrages 1881 geknüpft hatte, und zwar im Hinblick auf die eigene Balkanpolitik, gingen nicht in

⁷⁷⁾ Zu diesen Ereignissen zählte vornehmlich der Ausbruch eines Aufstandes der Bergstämme in Albanien, dessen Ursprung man in einer österreichischen Agitation gegen die Türkei vermutete; ferner die Krönung Zar Alexanders III. in Moskau, die auf den Sultan einen tiefen Eindruck gemacht hatte; sodann russische und montenegrinische Intrigen gegen die Monarchie und so manches andere, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann.

⁷⁸⁾ Unter dem Nachfolger Kálnokys, Agenor Graf Goluchowski, wurde die Annexionsfrage im August 1896 wieder aufgeworfen, da dieser dem Osmanischen Reich keine lange Lebensdauer mehr zutraute und ihm eine vorherige Einigung über die Modalitäten der Angliederung Bosniens und der Herzegowina an die Monarchie erwünscht schien, um nicht durch den Gang der Ereignisse überrascht zu werden. Unter absoluter Geheimhaltung wurde im gemeinsamen Ministerrat ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der zwar ausführlicher gehalten war als der Kálnokys und Kállays vom Jahre 1882, ansonst aber durchaus mit ihm übereinstimmte. Von einer Aufteilung der Länder war keine Rede mehr; sie sollten als gemeinsame Angelegenheit und „gleichsam als Kolonie“ verwaltet werden und dem Reichsfinanzminister unterstehen. — Gem. Ministerrat Protke. 26. und 30. August 1896, sowie 30. Januar 1897 Kzpte., Org.; 31. Januar 1897 Org. (P. A. XXXX/297—298). Vgl. Roderich Gooß: Das österreichisch-serbische Problem bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, 28. Juli 1914. In: Die Vorgeschichte des Weltkrieges, 10. Band. Berlin 1930, S. 70.

Erfüllung; mindestens gleich schwer hingegen wog für Österreich-Ungarn, daß im Jahre 1885 auf die Union die Annexion nicht gefolgt war, weil die innenpolitischen Voraussetzungen hierfür nicht geschaffen worden waren. Als sich dann im Jahre 1908 zwingende Gründe ergaben, die die Durchführung der Annexion erforderten, war der Widerstand, der ihr von seiten der Mächte und vor allem von seiten Rußlands entgegengebracht wurde, weitaus größer als der, mit dem allen Erwägungen zufolge in den Jahren 1882/83 oder selbst im Jahre 1885 zu rechnen gewesen wäre.